



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 8. Mai 2019

Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Robert Lambrou (AfD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil) : 17:05 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Beginn (nichtöffentl. Teil): 21:10 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die öffentlichen und nichtöffentlichen Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) in den DL Nr. 09/19, 11/19, 12/19, 14/19 + NÖ und 15/19.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Entschuldigt waren:

Stv. Enders	vertreten durch Stv. Diers
Stv. Hasemann-Trutzel	vertreten durch Stv. Mucha
Stv. Schulz	vertreten durch Stv. Offermanns
Stv. Wallmann	vertreten durch Stv. Dr. Völker (bei Bedarf)

öffentliche Sitzung

Tagesordnung

0061 Tagesordnung

- 1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird die Sitzungsvorlage 19-V-30-0004 „Vergaberechtliche Zulässigkeit der Vertragsverlängerungen Spielbank und Kurhausgastronomie“ mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit zugesetzt.*
2. Die Punkte 13 - 19 werden ohne Aussprache abgestimmt.
3. Die Punkte 1 der nichtöffentlichen Sitzung und die neu aufgenommene Sitzungsvorlage 19-V-30-0004 (s. o.) kommen aus Zeitgründen in der Sitzung des Ausschusses am 12.06.2019 zum Aufruf.
4. Punkt 2 der nichtöffentlichen Tagesordnung wird, soweit dies möglich ist, öffentlich diskutiert.
5. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

Abstimmung ohne Beratung (BP 0062 bis 0068):

0062 19-V-04-0012

Bericht zum Projekt Walkmühle

Einstimmig

0063 19-V-20-0010

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2018 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 8. Mai 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0064 19-V-40-0006

Hermann-Ehlers-Schule - Kanalsanierung

Einstimmig

0065 19-V-41-0006

Zukünftige kulturelle Nutzung Gebäude "Pariser Hof", Spiegelgasse 9

Einstimmig

0066 19-V-50-0007

Neubau Männerwohnheim der Heilsarmee, Schwarzenbergstraße 7

Einstimmig

0067 19-V-50-0008

Bundesteilhabegesetz; erforderliche Vorbereitungen zum 01.01.2020

Einstimmig

0068 19-V-51-0018

Wohnungsbauprogramm Teil II 2018 / Teil I 2019, Ausführungsvorlage

Einstimmig

0069 **Genehmigung der Niederschrift vom 20.03.2019**

Die Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 20.03.2019 wird genehmigt.

Einstimmig

0070 19-F-08-0027

Verhältnismäßigkeit der Waffenverbotszone
- Antrag von L&P vom 30.04.2019 -

Stv. Sobek begründet den Antrag.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 8. Mai 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Denzer beantragt die Überweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss, da festgelegt wurde, dass dieser für alle Fragen der Sicherheit zuständig ist. Fragen zum Datenschutz sind nach seiner Auffassung nur in geringer Anzahl Bestandteil des Antrages.

Nach Diskussion, was für den Revisionsausschuss relevant ist oder ob der gesamte Antrag mit Ausnahme von Ziffer 15 in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen werden soll schlägt Stv. Volk-Borowski vor, den Antrag zu beschließen und den schriftlichen Bericht abzuwarten.

Stv. Diers unterstützt diesen Vorschlag, verzichtet auf seine Ergänzung („Alle Punkte des Antrages, die Revisionsaspekte haben, werden als im Revisionsausschuss beratungsfähig akzeptiert.“) und bittet darum, den CDU-Antrag auf Überweisung zurückzuziehen. Dieser Bitte kommt die CDU-Fraktion nach.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt, wobei der schriftliche Bericht an den Haupt- und Finanzausschuss und den Revisionsausschuss gehen soll:

Einstimmig

0071 19-F-02-0006

IT Sicherheit in der städtischen Verwaltung
-Antrag CDU vom 30.04.2019 -

Stv. Denzer begründet den Antrag.

Unter Ziffer 5 wird ergänzt: solchen Zugriff **„bei einem exemplarischen Funktionspostfach“**

Der Antrag wird mit der og. Ergänzung wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0072 19-F-10-0007

Bearbeitung und Bewertung des Beleges zum Weihnachtsessen 2017
- Antrag AfD vom 30.04.2019 -

Vors. Lambrou begründet den Antrag.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Grüne angenommen

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0073 **19-F-10-0006**

Nachfolge der Antikorruptionsbeauftragten und des Revisionsamtsleiters
- Antrag AfD vom 30.04.2019 -

Vors. Lambrou begründet den Antrag.

Stv. Egert gibt zu bedenken, dass im Antrag Namen von Mitarbeiter/innen genannt sind. Er bemängelt außerdem, dass nicht alle Anträge der AfD in der heutigen Tagesordnung eine Begründung enthalten.

Stadtrat Schlempp teilt im Laufe der Diskussion mit, dass der Magistrat prüfen wird, ob Rechte von Mitarbeiter/innen verletzt sind, wenn der Antrag angenommen wird.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Grüne angenommen

0074 **19-F-10-0005**

Personalwirtschaftliche Maßnahmen von Oberbürgermeister Sven Gerich in Dezernat I
und zugeordneten Ämtern
- Antrag AfD vom 30.04.2019 -

Vors. Lambrou begründet den Antrag.

Es entsteht eine intensive Diskussion darüber, welche Personalmaßnahmen gemeint sind, ob der Ausschuss überhaupt einen Anspruch auf Unterrichtung über Personalmaßnahmen hat, dass der Antrag nicht präzise genug formuliert ist und auf Gerüchten basiert, welche Voraussetzungen für eine Verbeamtung gegeben sein müssen und dass eine Fristsetzung für den Magistrat, in der laufenden Sitzung bereits zu berichten, unrealistisch und nicht praktikabel ist.

Stv. Kisseler beantragt getrennte Abstimmung der Punkte im Beschlussteil.

Stv. Diers gibt das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion zur Kenntnis (Enth. oberer Teil, NEIN zu den Punkten 1 und 2).

Stadtrat Schlempp erklärt, dass eine Berichterstattung grundsätzlich möglich ist, aber § 50 HGO hier nicht greife (Aufgaben der Gemeindevertretung). Der Magistrat ist allein für Personalangelegenheiten zuständig. Der Magistrat müsse sich auch nicht für seine Personalentscheidungen rechtfertigen. Der 1. Teil des Antrages ist dem Informationsinteresse geschuldet, soweit keine Personen benannt werden, der 2. Teil würde, sollte eine dahingehende Beschlussfassung stattfinden, von Seiten des Oberbürgermeisters beanstandet werden.

Vors. Lambrou erklärt, dass er die Ausführungen von Stadtrat Schlempp schriftlich erhalten möchte. Dieser verweist auf das Protokoll und erklärt, dass er nur auf § 50 HGO hingewiesen hat und dies nichts mit der Kompetenz des Ausschusses zu tun habe.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

getrennte Abstimmung:

oberer Teil gegen AfD + L&P bei Enth. CDU + FDP abgelehnt

1. gegen AfD + L&P abgelehnt

2. gegen AfD abgelehnt

0075 19-F-05-0001

Ralph Schüler und Oberbürgermeister Sven Gerich - Urlaubsreise nach Spanien
- Antrag der FDP vom 10.01.2019 -

1. Der Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 18.04.2019 gegen die Punkte 1 und 2a des Beschlusses Nrn. 0069 der Stadtverordnetenversammlung vom 4. April .2019 (betr. Ralph Schüler und Oberbürgermeister Sven Gerich - Urlaubsreise nach Spanien) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der unter 1. genannte Beschluss wird uneingeschränkt bestätigt und der Widerspruch des Oberbürgermeisters wird zurückgewiesen.

Enth. SPD

0076 19-F-08-0019

Interessenbekundungsverfahren RMCC-Gastronomie
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 13.03.2019 -

Stv. Sobek weist darauf hin, dass der Magistrat nach seiner Auffassung den Ursprungsbeschluss evtl. mittragen könnte, wenn dieser anders formuliert ist.

Stv. Denzer schließt sich an und könnte sich eine Ergänzung um das Wort „außerdienstlich“ vorstellen.

Der Widerspruch wird aber zunächst zur Kenntnis genommen und es ergeht folgender Beschluss:

1. Der Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 18.04.2019 gegen Punkt 2 des Beschlusses Nrn. 0070 der Stadtverordnetenversammlung vom 4. April .2019 (betr. Interessenbekundungsverfahren RMCC-Gastronomie) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der unter 1. genannte Beschluss wird uneingeschränkt bestätigt und der Widerspruch des Oberbürgermeisters wird zurückgewiesen.

Enth. SPD

In der Zeit von 18-45 Uhr bis 19.05 Uhr findet auf Vorschlag der SPD-Fraktion eine Pause statt.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 8. Mai 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0077 19-F-05-0007

Vertrauen zurückgewinnen - Umfassende Revision ermöglichen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2019 -

Stv. Volk-Borowski berichtet nach der Pause kurz, dass nicht alle Fraktionen in der 2. Sitzung des Arbeitskreises vertreten waren. Er bittet darum, vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung von einer halben Stunde einzuberufen, um der Stadtverordnetenversammlung einen abgestimmten Beschlussentwurf vorlegen zu können.

Stv. Sobek bittet darum, mögliche Änderungsvorschläge allen beteiligten Fraktionen rechtzeitig vor der Sondersitzung zuzuleiten.

Dieser Vorschlag wird wie folgt angenommen:

Einstimmig

0078 19-F-08-0004

Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Schutz informationstechnischer Systeme
- Antrag von L&P vom 23.01.2019 -

Der schriftliche Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 12.03.2019 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0079 18-F-05-0050

Klarheit schaffen - Beschluss umsetzen
- Antrag der FDP vom 20.11.2018 -

Nach Mitteilung von Stv. Diers bleibt dieser Punkt weiterhin Gegenstand auf den zukünftigen Tagesordnungen, bis die Antrag stellende Fraktion den Antrag möglicherweise zurückzieht.

0080 19-A-19-0001

Fragen zur aktuellen Situation im Revisionsamt

Zu diesem Punkt gibt es aktuell keinen Beratungsbedarf. Er kommt evtl. in der Sitzung zum Aufruf.

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Nicht öffentliche Sitzung/Nichtöffentliche Beratung

0081 19-A-19-0005

Revisionsbericht 18-82-026; Ausschreibung und Vergabe Catering RMCC und Kurhausgastronomie

Der Revisionsbericht soll, soweit dies möglich ist, öffentlich beraten werden. Es sind z. T. ehemalige Geschäftsführer der TriWiCon, ein Mitarbeiter, der aktuelle Geschäftsführer und ein Rechtsanwalt der Kuffler-Gruppe in der Sitzung anwesend.

Herr Buch teilt mit, dass es in öffentlicher Sitzung nicht möglich sein, dem Ausschuss den Revisionsbericht in der üblichen Form vorzustellen.

Nach umfangreicher, aber eingeschränkter Diskussion über den Revisionsbericht, der zumindest den ehemaligen Geschäftsführern von TriWiCon und der anwaltlichen Vertretung nicht bekannt ist, bittet Stv. David darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Dem amtierende Geschäftsführer ist der Revisionsbericht bekannt.

Es werden verschiedene Varianten diskutiert, wie mit dem Bericht und den eingeladenen Gästen umgegangen werden soll.

Die ehemaligen Geschäftsführer signalisieren ihre Bereitschaft, erneut im Ausschuss zu erscheinen, wollen aber vor einer Stellungnahme ihrerseits zunächst den Bericht zur Kenntnis erhalten.

Der amtierende Geschäftsführer teilt mit, dass es ihm nicht möglich ist, zu dem Revisionsbericht Stellung zu nehmen, da er zum Prüfungszeitraum nicht mit den Vorgängen rund um die Vergabe des Caterings im RMCC betraut war. Er ist zur Erstellung auf die Mithilfe der ehemaligen Geschäftsführer angewiesen.

Diese Stellungnahme sieht der Revisionsbericht in der Schlussbemerkung (III. Schlussbesprechung) ausdrücklich vor, wenn der Ausschuss dies wünscht.

Der Rechtsvertreter der Kuffler-Gruppe erklärt, dass die Kuffler-Gruppe, gegen die Vorwürfe erhoben werden, den Revisionsbericht nicht kennt und nicht Stellung nehmen kann. Er sei heute in dieser Sitzung er sich über die Situation informieren möchte.

Herr Buch macht den Vorschlag, zunächst unter Ausschluss der betroffenen Personen zu klären, ob und wer an der Diskussion über den Revisionsbericht in nichtöffentlicher Sitzung teilnehmen darf.

Der Ausschuss stellt daraufhin um 21.10 Uhr die Nichtöffentlichkeit her. Es wird zwar befürwortet, den Bericht heute noch von Seiten des Revisionsamtes vorgestellt zu bekommen. Dies ist aber wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht möglich.

Stadtrat Schlempp weist darauf hin, dass es nicht möglich ist, den Rechtsvertreter der Kuffler-Gruppe bei der nichtöffentlichen Beratung des Berichtes zuzulassen. Der Rechtsvertreter hatte zwar darauf hingewiesen, dass er zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Diese Verpflichtung bestehe aber nur gegenüber seinem Mandanten.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Nach weiterer Diskussion, wie in der laufenden Sitzung weiter vorgegangen werden soll, wird beschlossen, dass der Rechtsvertreter und die Geschäftsführer an der heutigen Sitzung teilnehmen dürfen. Der Rechtsvertreter der Kuffler-Gruppe soll auf jeden Fall gehört und dann gebeten werden, die Sitzung zu verlassen.

Nach dem Statement des Rechtsvertreters verlässt dieser die Sitzung und der Ausschuss fasst nach folgenden Beschluss:

- I. *Über den Revisionsbericht Nr. 18-82-026 wird ohne vorherige Vorstellung des Berichts durch das Revisionsamt zunächst öffentlich diskutiert.
Die Diskussion wird, ebenfalls ohne Vorstellung des Berichtes, unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgesetzt.*
- II. *In der nichtöffentlichen Sitzung werden folgende Punkte zur Kenntnis genommen:*
 1. *die Aussagen von Herrn Dr. Jürgen Blersch, Vertreter der Kuffler-Gruppe und die Antworten auf die Fragen an ihn durch den Ausschuss,*
 2. *die Aussagen der ehemaligen Geschäftsführer Ebel-Waldmann und Schäfer und des amtierenden Geschäftsführers Michel der TriWiCon,*
 3. *die Bereitschaft der ehemaligen Geschäftsführer, evtl. auch für weitere Ausschusssitzungen zur Verfügung zu stehen.*
- III. *Für das weitere Vorgehen wird folgendes Verfahren beschlossen:*
 1. *Den ehemaligen Geschäftsführern kann der Revisionsbericht durch den amtierenden Geschäftsführer Michel zur Verfügung gestellt werden.*
 2. *Der Magistrat (Dezernat II / TriWiCon) wird gebeten, unter Hinzuziehung der ehemaligen Geschäftsführer Ebel-Waldmann und Schäfer eine Stellungnahme zum Revisionsbericht zu erarbeiten.*
 3. *Der Ausschuss erwartet, dass diese Stellungnahme den Ausschuss rechtzeitig zu seiner Sitzung am 12.06.2019 erreicht.*
 4. *In der nächsten regulären Sitzung des Revisionsausschusses am 12.06.2019 wird der Revisionsbericht durch das Revisionsamt in nichtöffentlicher Sitzung vorgestellt.*
 5. *Zu dieser Sitzung werden die ehemaligen Geschäftsführer Ebel-Waldmann und Schäfer, der amtierende Geschäftsführer Michel (TriWiCon) und evtl. Herr Kaufmann (Mitarbeiter der Firma K2M1 GmbH) eingeladen und zur Diskussion des Revisionsberichtes in nichtöffentlicher Sitzung zugelassen.*

Enth. Stv. Kisseler

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 8. Mai 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0082 18-F-02-0009

Beziehung zwischen Oberbürgermeister Gerich und der Unternehmerfamilie Kuffler
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2018 -

Die Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgt nach der Vorstellung des Revisionsberichtes 18-82-026 voraussichtlich in der Sitzung des Revisionsausschusses am 12.06.2019.

0083 18-F-03-0008

Ausschreibung und Vergabe Catering RMCC und Kurhausgastronomie
- mündlicher Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 06.06.2018 -

Die Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgt nach der Vorstellung des Revisionsberichtes 18-82-026 voraussichtlich in der Sitzung des Revisionsausschusses am 12.06.2019.

0084 19-A-19-0004

Revisionsbericht Nr. 18-33-024; Prüfung der Fördermittelvergabe im Ausländerbeirat

Der Revisionsbericht 18-33-024 wird aus Zeitgründen zur Beratung in der Sitzung des Revisionsausschusses am 12.06.2019 vorgesehen.

0085 19-V-30-0004

Vergaberechtliche Zulässigkeit der Vertragsverlängerungen Spielbank und Kurhausgastronomie

Die Sitzungsvorlage kommt in der Sitzung des Revisionsausschusses am 12.06.2019 gemeinsam mit dem Revisionsbericht Nr. 18-82-026 „Ausschreibung und Vergabe Catering RMCC und Kurhausgastronomie“ zum Aufruf.

Enth. Stv. Kisseler

0086 18-V-50-0008

Anmietung von Flächen im Kurt-Schumacher-Ring 2 - 4 zur Deckung der akuten Flächenbedarfe der Arbeitsgruppen 50021X Flüchtlinge, 500315 FM Flüchtlinge und 500320 FM Jugend des Kommunalen Jobcenters

gegen AfD

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 8. Mai 2019

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0087 **Verschiedenes nichtöffentlich**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

Anlagen

Wiesbaden, .06.2019

Vorsitzender

Schriftführerin

Lambrou

Koba